

Ohne Diskussion fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

B.-Nr. Die Verwaltung wird beauftragt, einen schriftlichen Bericht zur aktuellen Situation und zur
47/06 Zukunft der Schwangerenkonfliktberatung im Rhein-Sieg-Kreis vorzulegen. Hierbei sollte insbesondere zur geplanten erweiterten Einbeziehung von niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen in die Konfliktberatung und die künftig vorgesehene fiktive geringwertigere Eingruppierung von Beratungskräften Stellung genommen werden.
Dieser Bericht soll als Basis für eine Beratung im Ausschuss darüber dienen, ob sich aus den Änderungen Auswirkungen auf das System der Schwangerenkonfliktberatung im Rhein-Sieg-Kreis ergeben.

Abst.- **einstimmig**
Erg.: